

## **Anmerkungen und Vorschläge zur Synopse des Zwischenberichts der AG Finanzmärkte**

*(Formulierungsvorschläge sind kursiv gesetzt)*

### **Zur Einleitung**

S. 5, Z. 2-17:

Die Aussage, "daß die Globalisierung der Weltwirtschaft...mehr Chancen und Möglichkeiten für Staaten, Unternehmen und Haushalte bietet, als Gefahren durch sie drohen" ist anscheinend eine Mehrheitsmeinung, über die aber nicht "Grundsätzlich...Einigkeit" besteht. Sie sollte als Mehrheitsmeinung gekennzeichnet werden, der eine Minderheitsmeinung gegenübersteht. Diese kann in folgendem Satz zum Ausdruck gebracht werden:

*"Es wird aber auch die Position vertreten, daß eine allgemeine Aussage, die Chancen, die globalisierte Finanzmärkte böten, seien grundsätzlich größer als die Gefahren, die von ihnen ausgingen, prinzipiell nicht gemacht werden, sondern daß ein Urteil nur auf der Grundlage einer empirischen Untersuchung gefällt werden könne, und daß die tatsächliche Entwicklung der letzten 10 Jahre eher die Probleme als die Vorteile globalisierter Finanzmärkte demonstriert habe."*

Z. 18:

Es müsste nach dem Selbstverständnis auch der Mehrheit heißen: *Potenzielle Vorteile* globalisierter Finanzmärkte

S. 6, Z. 17-21:

Es ist nicht nur fair, sondern auch systematisch angebracht, den potenziellen Vorteilen auch die potenziellen Nachteile oder Gefahren globalisierter Finanzmärkte gegenüberzustellen. Die Zeilen 17-21 sollten also wie folgt ersetzt werden

*"1.2. Potenzielle Nachteile globalisierter Finanzmärkte*

### ***Turbulenzen und Krisen***

*Riskante Spekulation, Herdenverhalten, und überschiessende Reaktionen können zu Destabilisierung auf den Finanzmärkten, zu Turbulenzen und Finanzkrisen führen, deren über weit über den Finanzsektor eines Landes hinaus wirken und allgemeine Wirtschaftskrisen mit schweren Folgen für Einkommen, Beschäftigung und die soziale Lage der Menschen bewirken.*

### ***Druck auf Unternehmen***

*Die einseitige shareholder value Orientierung der institutionellen Anleger kann einen Druck auf das Management von Unternehmen ausüben, die Unternehmenspolitik nur noch auf die kurzfristige Kurssteigerung auszurichten, langfristige strategische Weichenstellungen zu vernachlässigen und die Interessen von ArbeitnehmerInnen, von Verbraucher- und Umweltschutz in der Unternehmenspolitik zu verdrängen.*

### ***Druck auf die Politik***

*Institutionelle Anleger können die Möglichkeit der schnellen Kapitalverlagerung (Exit-Option) nutzen, Druck auf die Regierungen auszuüben, die Wirtschafts- und Sozialpolitik ausschließlich an den Interessen der Finanzanleger auszurichten. Hierdurch wird die wesentliche Funktion der gewählten Parlamente bei der Festsetzung der Eckpunkte der Wirtschafts- und Sozialpolitik unterlaufen.*

### ***Soziale Polarisierung und Armut***

*Eine unkontrollierte Entwicklung der Finanzmärkte kann die Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen - und in deren Folge auch des Zugangs zu materieller Infrastruktur und Lebensbedingungen überhaupt - weiter vertiefen und somit zur Fortsetzung und der sozialen Polarisierung zwischen Nord und Süd sowie in den einzelnen Ländern sowie zur weiteren Zunahme der Armut beitragen."*

S. 7, Z. 10-14 ergänzen:

*"Ansonsten ist es trotz der potenziellen Vorteile der globalen Finanzmärkte wahrscheinlich, daß inhärente Instabilitäten und Krisentendenzen der globalen Finanzmärkte polarisierend wirken und dazu beitragen, die globale Gerechtigkeitslücke weiter aufzureißen, statt sie zu schließen. Die zahlreichen Finanzkrisen der 90er Jahre sowie die Zunahme der sozialen Polarisierung zwischen armen und reichen Ländern und innerhalb der meisten Länder zeigen, dass diese Gefahr nicht nur theoretisch besteht, sondern die reale Entwicklung maßgeblich geprägt hat."*

(Ist das nicht auch Meinung bei Rot-Grün?)

## **Zu Abschnitt 2: Die Globalisierung der Finanzmärkte**

S. 11, Kasten 3 bei FDI ergänzen:

*"...unternehmerisch tätig werden. Im weit überwiegenden Maße geschah dies jedoch nicht durch Neugründung von Unternehmen im Ausland, sondern durch die Übernahme ausländischer Unternehmen."*

S. 18, Z. 2 ergänzen:

*"...verbunden sind, sowie ArbeitnehmerInneninteressen an Mitbestimmung und Arbeitsschutz, in den Hintergrund."*

S. 18, Z. 11-20:

So wie der Ansatz hier dargestellt wird, ist er nicht verständlich. Wenn schon, dann sollte man auch die Formel nehmen und erklären, wie die einzelnen Komponenten zusammengebracht werden. Ansonsten leuchtet auch die Kritik nicht ein.

S. 20 Z. 6:

Ein Blick ins Handelsblatt belehrt, daß die Zahl der börsennotierten Aktiengesellschaften bei über 1000 liegt.

S. 23-32:

Die Behandlung von KMU im Rahmen des Gesamtzwischenberichts ist stark überdimensioniert.

### Zu Abschnitt 3: Finanzkrisen

S. 36, Z.7:

*"...Wachstum und Aktienkursen, allerdings weniger bei Beschäftigung, Einkommen und Wechselkursen, ausgeglichen..."*

sonst nur Kleinigkeiten. Der Abschnitt ist insofern fair, als er die verschiedenen Positionen klar nebeneinander stellt. Im empirischen Material überwiegt deutlich die kritische Position.

### Zu Abschnitt 4: Reformbedarf

S.45, Z. 2-4:

Der Satz impliziert, daß der Markt tendenziell bessere Ergebnisse hervorbringt als hoheitliche Lenkung. In dieser Allgemeinheit ist die Behauptung m. E. unhaltbar, und daher besteht kein Konsens darüber. Kompromißvorschlag:

*"Allgemeine und alle Bereiche betreffende Aussagen darüber, ob hoheitliche Lenkung oder Lenkung über den Markt zu besseren Ergebnissen führt, sind nicht möglich. Daher muß der Umfang, in dem Wirtschaftsbereiche reguliert, dereguliert oder re-reguliert werden, jeweils auf der Grundlage einer genauen Analyse der jeweiligen Strukturen und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen erfolgen. Auch Märkte bedürfen einer gewissen - je nach Umständen lockereren oder engeren - Regulierung, um ihre ökonomischen Funktionen überhaupt erfüllen zu können. Die Regulierung ...."*

S. 46, Z. 22 ergänzen:

*"... auf den Devisenmärkten und einer völligen Abschaffung von IWF und Weltbank auf." Das ist die eigentliche Extremposition.*

S. 46, Z. 22-25:

Schön wär's. Aber diese Forderung ist weder in der internationalen Diskussion unstrittig (die USA sind dagegen), noch dürfte sie es im Deutschen Bundestag sein. (Oder sind CDU und FDP auf einmal dafür?)

Im gleichen Zusammenhang – S. 47, Z. 2-5:

Wo wird über Koordination der Wirtschafts- und Gesellschafts(!!!)politik verschiedener Währungsräume mehr als nur geredet? Zwischen Euro-Raum und Dollar-Raum sicher nicht.

S. 49, Z. 5 ergänzen:

*"...verfolgt. Immerhin haben als erste Schritte zu einer engeren währungspolitischen Kooperation im Mai 2001 die Zentralbanken von 13 asiatischen Ländern (die 10 ASEAN-Länder plus China, Südkorea und Japan) eine Reihe von - vorerst noch bilateralen - Währungsabkommen geschlossen, durch die sie sich vor spekulativen Attacken auf ihre jeweiligen Währungen schützen wollen. (Financial Times v. 14.Mai 2001)."*

S. 49, Z. 17-28 ergänzen:

"...verbleiben müssen. *Eine weiter gehende Position hält an dem Steuersatz von 1% fest und will Nachteile für Handel und Direktinvestitionen durch entsprechende steuerliche Vergünstigungen (Verminderung der Einfuhrumsatzsteuern bzw. der Gewinnsteuern) vermeiden. Dies würde die Volatilität der Finanzmärkte stärker reduzieren als ein niedriger Steuersatz, und es würde, auch bei einem relativ hohen Wirkungsgrad in diese Richtung, hohe Einnahmen bringen, die vorrangig zur Entwicklungsfinanzierung verwendet werden sollten. Diese Position geht auch davon aus, daß es für die Wirksamkeit einer so geartete Tobinsteuer schon ausreicht, wenn sie von einer Gruppe von Ländern - nicht aller Länder - eingeführt würde, die eine wesentliche Rolle auf den Devisenmärkten spielen. Sie hält daher auch einen Vorstoß der EU in diese Richtung für sinnvoll und erfolgsversprechend.*"

S. 50, Z. 26:

In Chile handelte es sich nicht um eine Mindestreserve, sondern um die zwangsweise Einführung eines Bardepots, das - in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes eines Kapitalimportes - für ein Jahr zinslos bei der chilenischen Zentralbank zu hinterlegen war. Formulierung also

"...kontrollieren, hat die *Einführung einer Bardepotpflicht* in Chile die Wirkung..." (evtl. In Fußnote erklären, wie oben).

S. 53, Z. 6:

Ist die Rede von einer "globalen Aufsichtsbehörde" ernst gemeint ? Das wäre in de Tat ein Durchbruch, der aber, soweit ich sehr, von niemanden (mehr) vertreten wird.

S. 53, Z.20 ergänzen:

"...umgesetzt worden. *1996 wurde die Eigenkapitalvorschrift auch auf das Marktrisiko, d.h. vor allem des Risikos, daß die Preise für Wertpapiere im Portfolio einer Bank sinken, ausgedehnt. Basel II...*"

S. 54, Z. 24:

es muß, heißen "*Investmentfonds*" (nicht Investitionsfonds)

S. 57, Z. 11 – 14:

Der Text folgt dem Meltzer-Report, ist sehr kontrovers und die Positionen sollten so dargestellt werden. Vorschlag:

"...betrieben. *Die Vorstellungen des Meltzer Reports laufen demgegenüber darauf hinaus, für bestimmte, im Vorhinein anhand bestimmter Kriterien qualifizierter Länder, zu versuchen, Krisen im Vorfeld - z.B. durch die Einräumung von Contingent Credit Lines - zu verhindern, oder - so der neueste Vorschlag von Meltzer - im Krisenfall die Schulden dieser Länder zu einem verringerten Preis zu übernehmen. Dies bedeutet allerdings, daß die formal abgeschafften Auflagen des IWF faktisch durch das Verfahren der vorherigen Qualifikation für einen IWF-Beistandskredit durch die Hintertür wieder eingeführt werden. Der Vorschlag stößt auch auf die kritische Frage, was mit den Ländern, die sich nicht vorab für eine IWF Unterstützung qualifizieren, im Falle von Zahlungsschwierigkeiten geschehen soll. Soll die Weltgemeinschaft zusehen, wie sie endgültig in den Ruin treiben, oder muß es nicht auch in diesem Fall internationale Rettungsaktionen geben ?"*

S. 58, Z. 1:

Das Stimmgewicht hat nichts mit Banken, sondern etwas mit Kapitalgesellschaften zu tun. Es gibt auch Banken mit öffentlichen Auftrag. Formulierungsvorschlag

*"...auf den IWF und die Weltbank ist sehr gering. Der Grund dafür liegt darin, daß das Stimmrecht den Prinzipien einer Kapitalgesellschaft folgt, denen zufolge die Höhe der Kapitalanteile (Quoten), den einzelne Länder halten, über die Anzahl der Stimmen in beiden Institutionen entscheidet. Auf die G10-Länder..."*